

„Solidarität ist keine Einbahnstraße“

Dr. Peter Jahr setzt sich für einheitliche Standards eines europäischen Asylrechts ein

Es ist DAS Thema des politischen Sommers – die immer stärker ansteigenden Flüchtlingsströme aus dem Nahen Osten und Nordafrika in die Europäische Union. Bilder von übervollen Booten, die in Italien oder Griechenland stranden, prägen ebenso die Nachrichten wie die des Andrangs an der serbisch-ungarischen Grenze, die als EU-Außengrenze eines besonderen Schutzes bedarf.

Doch angesichts des tausendfachen Flüchtlingsleides, deren Not von skrupellosen Schleppern ausgenutzt wird, ist längst klar: Diese Herausforderungen können die Nationalstaaten alleine nicht bewältigen. Nur mit gemeinsamen europäischen Ansätzen sind Lösungen möglich. Viel zu lange hat ein Großteil der 28 EU-Staaten dabei zugesehen, wie wenige Länder die Hauptlast dieser Krise trugen.

Die EVP-Fraktion, der ich angehöre, hat jüngst ein Umdenken auf europäischer Ebene gefordert. Es müssen nicht nur bereits begonnene Vorhaben verwirklicht werden, es sollten auch neue Maßnahmen hinzukommen. Nur ein Mix aus freiwilliger Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten und neuen verbindlichen EU-Standards kann uns helfen, auf die millionenfachen Fluchtbewegungen aktuell und in Zukunft wirkungsvoll zu reagieren.

Ich selbst habe dem Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker vorgeschlagen, dass Erstaufnahmelager an den Außengrenzen der EU errichtet werden sollten, um Personendaten sofort nach Einreise festzustellen. Klar ist aber, dass die finanziellen und personellen Aufwendungen dabei auf alle EU-Mitgliedstaaten verteilt werden müssen. Für mich ist auch klar, dass dort registrierte und asylberechtigte Bürgerinnen und Bürger dann mit Hilfe eines konsequent umgesetzten Verteilungsschlüssels auf alle Mitgliedsländer verteilt werden müssen. Dass einzelne Länder nach wie vor Lösungen blockieren, ist nicht in Ordnung: Solidarität ist keine Einbahnstraße, jedes Land muss seinen Beitrag leisten. Nicht asylberechtigte Bürgerinnen und Bürger hingegen müssen schnellstmöglich in ihre Heimat zurück gesendet werden.

Zudem braucht Europa eine einheitliche Definition und Anwendung von sicheren Herkunftsländern. Es muss klar sein, dass Asylanträge aus Ländern mit gefestigten Demokratien - und dazu gehören alle sechs Länder des westlichen Balkans - nicht akzeptiert werden. Wenn führende Politiker dieser Staaten betonen, dass es keine Gründe zur Flucht aus ihren Ländern gibt, dann dürfen einzelne Staaten nicht dem widersprechende Sonderregelungen einführen.

Weiterhin müssen die Mindeststandards der Europäischen Union für die Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen um einheitliche Bestimmungen zu Sachleistungen ergänzt werden. Diese sollten sich an der Kaufkraft in dem jeweiligen EU-Land orientieren. Notwendig ist ebenfalls, dass die EU schon in den Herkunftsländern der Flüchtlinge Erstaufnahme- und Beratungseinrichtungen einrichtet. Die Tragödien auf dem Mittelmeer und anderswo könnten vermieden werden, wenn bereits vor Ort Asylanträge bearbeitet würden.

Last, but not least sollte die EU aber vor allem die Entwicklungszusammenarbeit zu einem Schwerpunkt ihrer Außenpolitik machen, um massenhafte Flüchtlingsströme bereits im Ansatz zu bekämpfen. Denn nur, wenn es auf breiter Front zu besseren Bildungs- und Erwerbschancen in den Ländern Afrikas und des Nahen Ostens kommt, wird die Herausforderung der Migration zu bewältigen sein.